



Reint E. Gropp

Kommentar:
Politische Kreditvergabe der Sparkassen (S. 102)

Udo Ludwig

Aktuelle Trends:
Konvergenzvorsprung der ostdeutschen Wirtschaftsleistung
ist dahin! (S. 103)

Hans-Ulrich Brautzsch

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Beschäftigung im Osten rückläufig (S. 104)

Hans-Ulrich Brautzsch

Zu den Auswirkungen der Migration
auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt (S. 106)

Gerhard Heimpold

Im Fokus:
Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht –
Das Beispiel des Chemiestandorts Bitterfeld-Wolfen (S. 110)

Stephan Heblich, Viktor Slavtchev

Persönliche Beziehungen, der Transfer von akademischem Wissen und
der Standort von Gründungen aus Hochschulen (S.114)

Wirtschaft im Wandel

6/2015

18. Dezember 2015,
21. Jahrgang



Politische Kreditvergabe der Sparkassen

Theorien politischer Konjunkturzyklen gehen davon aus, dass Politiker in Wahljahren einer expansiven Steuerpolitik zuneigen, weil sie ein Interesse

daran haben, ihre Popularität zu steigern, indem sie die wirtschaftlichen Bedingungen möglichst günstig erscheinen lassen. Das IWH hat jetzt in [einer Studie](#) gezeigt, dass das auch auf deutsche Kommunalpolitiker zutrifft. Sie bedienen sich dabei ihres Einflusses auf die Sparkassen: In Jahren, in denen in Deutschland Kommunalwahlen stattfanden, erhöhten die Sparkassen ihre Unternehmenskredite nach Berechnungen des IWH im Durchschnitt um 7,6 Mio. Euro. Kredite, die in Wahljahren gewährt wurden, waren außerdem von geringerer Qualität und verringerten die Einnahmen der Sparkassen. Das wahlzyklische Kreditvergabeverhalten der Sparkassen deutet darauf hin, dass politische Erwägungen bei der Kreditvergabe in Wahljahren eine bedeutende Rolle spielen. Diese problematische Konstellation hat ihre Ursachen nicht zuletzt in der *governance*, also der Lenkungsstruktur der Sparkassen. Hier sind vor allem zwei Aspekte wichtig.

Zum einen gilt das so genannte Regionalprinzip: Es gehört zu den Aufgaben der Sparkassen, die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen bereitzustellen, um Wirtschaft und Beschäftigung in ihrer Region zu fördern. Entsprechend sind sie gesetzlich auf die Kreditvergabe in ihrer Kommune (Stadtsparkasse) oder ihrem Kreis (Kreissparkasse) beschränkt. Gleichzeitig haben Kommunalpolitiker im Sparkassenverwaltungsrat und im Kreditausschuss prominente Positionen inne, Positionen, die es ihnen

ermöglichen, Einfluss auf wichtige Kreditvergabeentscheidungen zu nehmen. So sind beispielsweise meist die Bürgermeister (bei Stadtsparkassen) oder Landräte (bei Kreissparkassen) Vorsitzende dieser Gremien. Das Regionalprinzip bei der Kreditvergabe, kombiniert mit dem Einfluss lokaler Politiker auf wichtige Kreditentscheidungen, begünstigt die Indienstnahme der Sparkassen für politische Zwecke.

Diese politische Einflussnahme hat einen negativen Effekt auf die Kapitalallokation, denn die in Wahljahren gewährten Kredite waren im Vergleich mit anderen Jahren von geringerer Qualität. Das lässt sich daran ablesen, dass in den Folgejahren die Kreditausfallrückstellungen der Sparkassen höher und die Zinseinnahmen niedriger waren als in dem Jahr vor einer Wahl. Da die politischen Ziele von Kommunalpolitikern kurzfristig und lokal begrenzt sind, entstehen für die Sparkassen außerdem Anreize, ineffiziente lokale Firmen zu lange am Markt zu halten.

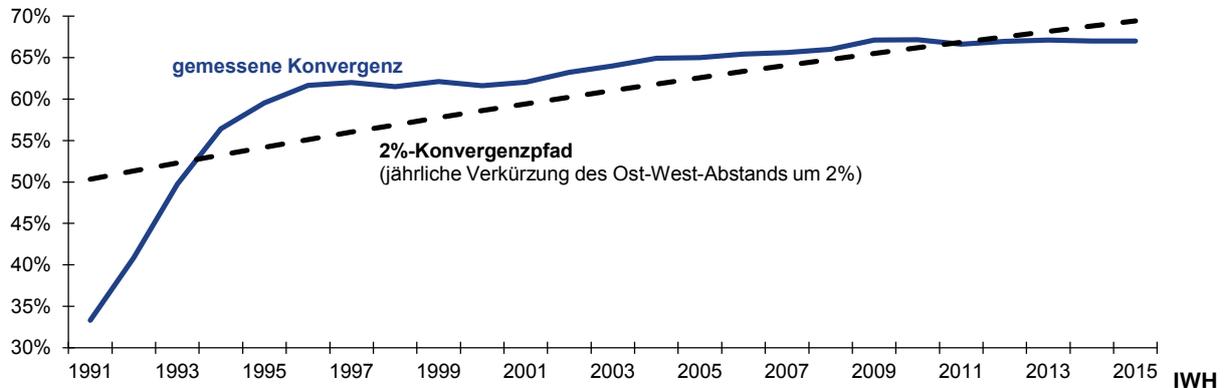
Wenn politische Erwägungen Einfluss auf die Kreditvergabe haben, so verschlechtert dies aber nicht nur die Kapitalallokation, sondern verzerrt möglicherweise auch die lokalen Wahlergebnisse zugunsten der Amtsinhaber. Es scheint daher dringend geboten, die *governance* der Sparkassen, durch die diese politische Kreditvergabe erst ermöglicht wird, zu verbessern. Eine Lösung wäre zum Beispiel, wichtige Positionen wie den Vorsitz des Sparkassenverwaltungsrats und des Kreditausschusses mit unabhängigen Experten zu besetzen. Damit könnte in Zukunft eine politische Indienstnahme von Unternehmenskrediten verhindert werden.

Reint E. Gropp
Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle

Aktuelle Trends

Konvergenzvorsprung der ostdeutschen Wirtschaftsleistung ist dahin!

Ostdeutsches Bruttoinlandsprodukt je Einwohner; Alte Bundesländer = 100



Quellen: VGR der Länder (1991 bis 2013: ESVG Revision 2011); Berechnungen des IWH; 2014 bis 2015: Projektion des IWH.

In der Wirtschaftsleistung je Einwohner haben die ostdeutschen Flächenländer laut amtlichen Angaben seit einigen Jahren kaum noch Fortschritte gegenüber dem Stand in den Ländern des früheren Bundesgebiets erzielt (gemessene Konvergenz). Damit ist der Konvergenzvorsprung der ostdeutschen Pro-Kopf-Produktion gegenüber dem „neoklassisch“ bestimmten Angleichungspfad nicht nur geschmolzen, sondern bereits verschwunden.

Zwei Wirtschaftsforscher renommierter Universitäten der USA, *Robert J. Barro* von der Harvard-Universität und *Xavier Sala-i-Martin* von der Yale-Universität, hatten im Jahr 1991 eine vielbeachtete Studie zu nationalen und regionalen Aufholprozessen veröffentlicht.^a Ausgehend von den für die Bundesstaaten der USA festgestellten Konvergenzprozessen leiteten sie einen Aufholpfad für Ostdeutschland ab, der eine jährliche Verkürzung des absoluten Leistungsrückstands der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft je Einwohner um 2% vorsieht. Sie gingen, gestützt auf eine Schätzung des späteren Nobelpreisträgers *Georg A. Akerlof* und dessen Team für 1990, von einem Rückstand des ostdeutschen Leistungsniveaus am Start der deutschen Vereinigung von 50% aus und ermittelten eine Halbwertszeit für den Aufholprozess von 35 Jahren. Das ist die Anzahl der Jahre, die bis zur Halbierung des Rückstands vergehen wird. Dieser Ansatz blieb zwar nicht unwidersprochen, er gilt aber forthin als ein Referenzsystem für den ostdeutschen Aufholprozess.

Die deutsche Politik verließ sich jedoch nicht auf die Konvergenzerfahrungen in den USA, sondern griff bewusst in den wirtschaftlichen Neuaufbau Ostdeutschlands ein. Sie legte massive Förderprogramme zur Modernisierung des unternehmerischen Kapitalstocks und der Produktpalette auf und flankierte den Prozess mit milliarden schweren öffentlichen Investitionen in die Erneuerung der Infrastruktur. Nach dem Motto „Geld gegen Zeit“^b gelang es, in den 1990er Jahren ein kräftiges Wachstum in Ostdeutschland auszulösen und schnelle Angleichungsfortschritte an den westdeutschen Stand der Pro-Kopf-Produktion zu erzielen. Von 1994 bis 2010 wurde so ein Konvergenzvorsprung gegenüber dem Referenzpfad erreicht.

Seit der schnellen Angleichungsphase bis 1996 stockt jedoch der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft, und der Konvergenzvorsprung der Wirtschaftsleistung pro Kopf schmilzt. Ab dem Jahr 2012 ging er vollständig verloren. Nur während der gesamtdeutschen Konjunkturschwäche nach dem Boom im Jahr 2000 und während der Wirtschaftskrise 2008/2009 war der Aufholprozess noch einmal ein wenig vorangekommen. Die Hälfte des von Barro und Sala-i-Martin angezeigten Weges bis zur Angleichung an Westniveau ist damit noch nicht durchschritten, und die Aussichten, dieses Etappenziel demnächst zu erreichen, sind derzeit wenig ermutigend.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

^a Vgl. Barro, R. J.; Sala-i-Martin, X.: Convergence across States and Regions, in: *Brookings Papers on Economic Activity*, 1, 1991, 107-181, hier 154. – ^b Vgl. Ludwig, J.: Unternehmen Wiedervereinigung. Hamburg 2015, 79. Der Autor war Koordinator und Beauftragter der Bundesregierung für wirtschaftliche Fragen des Vereinigungsprozesses.

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:* Beschäftigung im Osten rückläufig

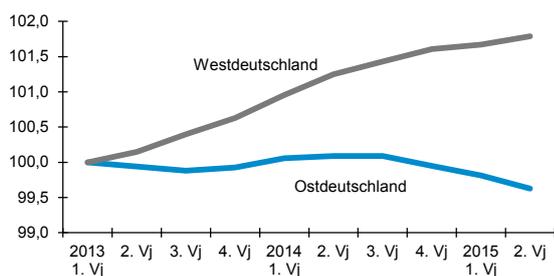
Hans-Ulrich Brautzsch

Der seit dem vierten Quartal 2014 zu beobachtende Beschäftigungsrückgang hat sich fortgesetzt. Im zweiten Quartal 2015 nahm die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt mit 0,2% sogar noch etwas stärker ab als in den beiden Quartalen zuvor (vgl. Abbildung). Dabei lag im ersten Halbjahr 2015 das Bruttoinlandsprodukt um 1,1% über dem Vorjahresstand.¹ In Westdeutschland, wo das Bruttoinlandsprodukt um 1,5% zunahm, legte die Beschäftigung weiter zu.

Abbildung:

Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland^a und Westdeutschland^b

1. Quartal 2013 = 100; saisonbereinigt (BV4.1)



IWH

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Westdeutschland mit Berlin.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“: Reihe 1, Band 3. Oktober 2015.

Die Entwicklung nach Beschäftigungsformen zeigt ein uneinheitliches Bild: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten hat im ersten Halbjahr 2015 saisonbereinigt um 25 000 Personen bzw. 0,6% zugenommen (Westdeutschland: 289 000 Personen bzw. 1,1%). Dem Aufbau der SV-pflichtigen Beschäftigung stand jedoch eine deutliche Verringerung der ausschließlich geringfügig ent-

lohten Beschäftigten gegenüber: Die Zahl der Minijobs ging im ersten Halbjahr saisonbereinigt um 25 000 Personen bzw. 4,8% zurück (Westdeutschland: –110 000 Personen bzw. –2,4%). Hierbei spielt die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns eine entscheidende Rolle, da sich vor allem für Minijobs die Arbeitskosten erheblich erhöht haben.² Allerdings wird wohl ein Teil dieser Minijobs in SV-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sein. Zum Rückgang der Erwerbstätigkeit dürfte auch die weitere Abnahme der Zahl der Selbstständigen beigetragen haben. Insgesamt werden im Durchschnitt des Jahres 2015 voraussichtlich knapp 5,78 Millionen Personen erwerbstätig sein. Dies bedeutet eine Abnahme um 0,3% gegenüber dem Vorjahr (vgl. Übersicht).

Die Zahl der Arbeitslosen lag in den ersten drei Quartalen in Ostdeutschland um 44 000 Personen unter dem Stand im Vorjahreszeitraum. Dass trotz des Rückgangs der Erwerbstätigkeit die Arbeitslosigkeit abgenommen hat, ist auf die weitere Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials zurückzuführen. Die seit dem Jahr 2012 zu verzeichnenden Wanderungsgewinne konnten bisher noch nicht die aus den Geburtendefiziten resultierenden Verluste beim Arbeitsangebot kompensieren. Darüber hinaus wurde das Erwerbspersonenpotenzial auch durch die Mitte 2014 eingeführte abschlagsfreie Rente ab 63 ungünstig beeinflusst.³ Spürbare Effekte auf das Erwerbspersonenpotenzial gehen auch von der stark gestiegenen Flüchtlingsmigration aus.⁴ Diese Effekte werden im Jahr 2016 erheblich kräftiger sein als in diesem Jahr.

* In der Zeitschrift IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 20 (6), 2014, 101-104, werden ausgewählte Aspekte der aktuellen Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes anhand der Arbeitsmarktbilanz des IWH besprochen.

¹ Vgl. Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“: *Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2015*; 16. September 2015.

² Vgl. Holtemöller, O.: Mindestlohn Betroffenheit – Besonders starker Rückgang geringfügiger Beschäftigung in den Neuen Bundesländern. IWH-Pressmitteilung 42/2015.

³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: *Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beiträtszeiten auf den Arbeitsmarkt – Hintergrundinformation*. Oktober 2015.

⁴ Vgl. hierzu: Brautzsch, H.-U.: Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt, im vorliegenden Heft.

Übersicht:

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2012	2013	2014	2015
	<i>in 1 000 Personen</i>			
1 Erwerbsfähige ^a	8 129	8 079	8 029	8 008
2 Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 896	5 888	5 895	5 878
3 Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)–(15)–(16)]	5 833	5 831	5 849	5 843
4 Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit ^b	56	38	36	36
5 Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(3)–(4)]	5 777	5 793	5 813	5 807
6 Pendlersaldo	–401	–387	–390	–385
7 Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)–(6)]	6 297	6 276	6 285	6 263
8 Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)–(15)–(16)]	6 234	6 218	6 239	6 228
9 darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(8)–(4)]	6 177	6 180	6 203	6 192
10 Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	902	877	813	746
11 Arbeitslose	682	660	621	582
12 sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)]	220	217	192	164
13 § 126 SGB III/kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	20	20	19	16
14 Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	11	13	8	8
15 Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ^c	13	13	8	0
16 Ein-Euro-Jobs	50	44	38	35
17 Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)	30	33	34	33
18 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen bzw. Aktivierung und berufliche Eingliederung (§ 46 SGB III)	28	32	31	29
19 Vorruhestandler ^d	60	55	49	40
20 Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten	5	5	4	3
21 Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ^e	2	1	1	1
22 Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve i. e. S. ^f [(8)+(10)–(14)–(20)]	7 119	7 076	7 040	6 963
	<i>in % (Inländerkonzept)</i>			
23 Erwerbsbeteiligungsquote [(22)/(1)*100]	87,6	87,6	87,7	86,9
24 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	76,7	77,0	77,7	77,8
25 Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt (ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit) [(9)/(1)*100]	76,0	76,5	77,3	77,3
26 Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	77,5	77,7	78,3	78,2
27 Unterbeschäftigungsquote [(10)/(22)*100]	12,7	12,4	11,6	10,7
28 Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	77,8	77,5	78,7	80,1
29 Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)+(11)+(13)] * 100}	10,0	9,8	9,2	8,7
30 Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (22) * 100}	3,9	3,6	3,2	2,9
	<i>in Mio. Stunden</i>			
31 geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(32)*(2)/1 000]	8 517	8 378	8 483	8 495
	<i>in Stunden</i>			
32 geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 444,2	1 422,8	1 438,9	1 445,3

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Infolge einer rechtlichen Neuregelung (§35 SGB VI) erhöht sich die Regelaltersgrenze ab dem Geburtsjahrgang 1947. Dies ist bei der Abgrenzung der Erwerbsfähigen ab dem Jahr 2012 berücksichtigt. – ^b Personen in Maßnahmen der Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. Förderung der Selbstständigkeit); die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Einschließlich Beschäftigungsphase Bürgerarbeit. – ^d § 428 SGB III/§ 53a Abs. 2 SGB II/§ 65 Abs. 4 SGB II/§ 252 Abs. 8 SGB VI. – ^e Die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung September 2015); Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Hans-Ulrich Brautzsch

Die starken Migrationsprozesse beeinflussen zunehmend auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Zuwachsraten bei der Zahl der Beschäftigten, den Arbeitslosen sowie den Leistungsbeziehern nach SGB II vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Staaten mit Arbeitnehmerfreizügigkeit, den von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders schwer betroffenen Ländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie den Asylherkunftsländern sind gegenwärtig sehr hoch und liegen in der gleichen Größenordnung wie in Westdeutschland. Die Anteile von Migranten an der Bevölkerung und an relevanten Arbeitsmarktgrößen sind allerdings in Ostdeutschland erheblich niedriger als in Westdeutschland.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch (Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E24, J10, J21, R11

Schlagwörter: Ostdeutschland, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Migration

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird zunehmend von den starken Migrationsprozessen beeinflusst.¹ Dabei ist die hohe Zuwanderung insbesondere auf die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten², die schwierige Arbeitsmarktlage in den von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders schwer betroffenen Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie die starke Flüchtlingsmigration zurückzuführen.³ In welchem Umfang dabei die Großregionen Ost- und Westdeutschland von den kräftigen Migrationsströmen betroffen sind, soll im Folgenden dargestellt werden.

¹ Vgl. hierzu die aktuellen Analysen in: *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015*. Essen 2015, Kasten 3.1 sowie 60 f. – *Arbeitskreis Konjunktur des IWH; Kiel Economics: Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland bleibt verhalten*, in: IWH, *Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (4), 2015, 168-171. – *Gropp, R. E.: Demographie und Einwanderung*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (4), 2015, 62.

² Dabei handelt es sich um die folgenden Länder: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien.

³ Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt*. Nürnberg 2015, lfd. Hefte.

Zuwanderung aus dem Ausland: Deutlicher Anstieg auch in Ostdeutschland

Seit dem Jahr 2012 übersteigt in Ostdeutschland insgesamt (ohne Berlin) die Zahl der Zuwanderer die der Abwanderer.⁴ So betrug die Nettozuwanderung im Jahr 2012 ca. 10 000 Personen, im Jahr 2013 waren es bereits 26 000 Personen, und im Jahr 2014 lag die Zahl der Zuwanderer um 59 000 über der der Abwanderer.⁵ Gegenüber dem Ausland betrug im Jahr 2014 der Wanderungsüberschuss 54 000 Personen. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) belief sich die Nettozuwanderung aus dem Ausland sogar auf knapp 89 000 Personen.⁶ Der Anteil der Neuen Bundesländer einschließlich Berlin an der gesamten Nettozuwanderung war mit 16,1% allerdings geringer als der Anteil an der Bevölkerung Deutschlands (19,8%).

⁴ Vgl. hierzu *Brautzsch, H.-U.: Aktuelle Trends: Wanderungsverluste Ostdeutschlands gegenüber dem Westen stark rückläufig – deutliche Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (4), 2015, 63.

⁵ Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2*.

⁶ Zudem gab es im Jahr 2014 in den fünf ostdeutschen Flächenländern erstmals seit 1991 Wanderungsgewinne gegenüber Westdeutschland: Die Zahl der Zuwanderer überstieg die der Abwanderer um 4 500 Personen. Zählt man Berlin zu Ostdeutschland hinzu, betrug der Wanderungssaldo gegenüber den Alten Bundesländern 7 200 Personen. Vgl. ebenda.

Tabelle 1:
Struktur der Außenwanderung in Ostdeutschland und Westdeutschland nach Staatengruppen, 2014

	Ostdeutschland	davon:		Westdeutschland ^a
		Ostdeutschland ohne Berlin	Berlin	
in %				
EU-Staaten	39,3	33,5	48,3	58,3
<i>darunter:</i>				
osteuropäische Mitgliedstaaten mit uneingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit ^b	26,1	27,8	23,2	38,1
Griechenland, Italien, Portugal, Spanien	8,5	5,3	13,6	13,9
sonstige EU-Staaten	4,7	0,4	11,5	6,3
Asylherkunftsländer ^c	35,3	43,3	22,7	29,6
sonstige	25,4	23,2	29,0	12,1
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>nachrichtlich:</i>				
<i>darunter:</i>				
Migrationsstaaten ^d	69,9	76,4	59,5	81,6
1 000 Personen				
Saldo der Außenwanderung	88,8	54,4	34,4	461,7

^a Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Dazu zählen die in Fußnote 2 genannten Länder. – ^c Dazu zählen die in Tabelle 2, Fußnote c genannten Länder. – ^d Osteuropäische Mitgliedstaaten mit uneingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit; Griechenland, Italien, Portugal, Spanien sowie die Asylherkunftsländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2.

In Tabelle 1 ist die Struktur der Wanderung nach Ländergruppen für das Jahr 2014 angegeben. Der Anteil der Migration aus den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, den Krisenstaaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie den Asylherkunftsländern⁷ an der Nettozuwanderung aus dem Ausland insgesamt betrug demnach in Ostdeutschland 76,4%, in Berlin 59,5% sowie in Westdeutschland 81,6%.

Für das Jahr 2015 liegen zur Außenwanderung bisher nur Angaben für die ersten vier Monate vor. Demnach gab es in Deutschland 257 000 mehr Einwanderer als Auswanderer, in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) waren es knapp 27 000. Informationen über die Zahl der Asylanträge stehen für den

⁷ Zu diesen werden die Staaten gezählt, die in den letzten Jahren zu den zehn Ländern mit den meisten Asylerstanträgen gehörten. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, a. a. O. Diese Länder sind in Fußnote c in der Tabelle 2 aufgeführt.

Zeitraum bis Oktober 2015 zur Verfügung. Diese erlauben eine ungefähre Einschätzung der Zuwanderung aus den Asylherkunftsländern.⁸ Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2015 wurden in Deutschland mit 362 000 Anträgen mehr als doppelt so viele Asylgesuche gestellt wie im Vorjahreszeitraum.⁹ Davon entfielen auf die fünf neuen Flächenländer und Berlin 96 000 Asylanträge. Dies sind 26,5% der in Deutschland insgesamt gestellten Asylanträge. Im gleichen Zeitraum wurden über 205 000 Asylanträge entschieden, davon wurden knapp 85 000 Anträge bewilligt. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) nahm sowohl die Zahl der Asylanträge insgesamt als auch die Zahl der positiv entschiedenen Anträge prozentual deutlich stärker zu als in Westdeutschland.

Insgesamt dürfte im Jahr 2015 die Nettozuwanderung nach Ostdeutschland (einschließlich Berlin) ca. 170 000 Personen betragen.¹⁰ Davon entfallen etwa 70% auf die Asylherkunftsstaaten (vgl. Abbildung).

Effekte der Migration in der Arbeitsmarktstatistik

Aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit ist nicht explizit sichtbar, ob und in welchem Umfang Veränderungen bei den einzelnen Arbeitsmarktgrößen auf Migrationsprozesse zurückzuführen sind.¹¹ Diese Effekte können indirekt abgeschätzt werden, indem die relevanten Statistiken nach solchen Ländern aus-

⁸ Asylbewerber werden in der Wanderungsstatistik als Zuwanderer gezählt. Vgl. Statistisches Bundesamt, a. a. O. Wird einem Asylsuchenden kein Asyl gewährt, wird dies in der Wanderungsstatistik als Fortzug erfasst.

⁹ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Oktober 2015, 5. Hierbei ist nicht berücksichtigt, dass zurzeit die tatsächliche Zahl der Zugänge an Asylbewerbern deutlich höher ist als die Zahl der registrierten Asylbewerber. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilsystem EASY registrierten Personen nach §44 Abs. 2 AsylVfG. Nürnberg, 20.08.2015. Im Durchschnitt des Jahres 2015 belief sich die Zahl der Asylerstanträge auf 56% der vom EASY-System erfassten Personen. Vgl. Brückner, H.; Hauptmann, A.; Vallizadeh, E.: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. IAB, Aktuelle Berichte 14/2015, 2.

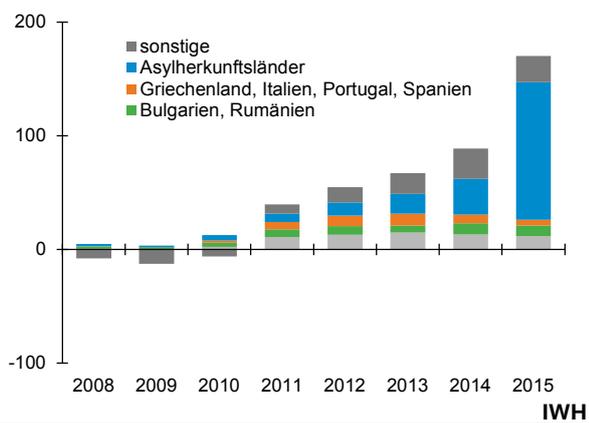
¹⁰ Für Deutschland insgesamt wird eine Nettozuwanderung von ca. einer Million Personen angenommen. Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, a. a. O., 54.

¹¹ Vgl.: Bundesagentur für Arbeit a. a. O., Oktober 2015, 3.

gewertet werden, aus denen besonders viele Zuwanderer stammen. Die beobachteten Veränderungen in den entsprechenden Arbeitsmarktgrößen könnten dann „weit überwiegend der Zuwanderung plausibel“¹² zugeschrieben werden. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Zunahme der Zahl der Beschäftigten oder der Arbeitslosen aus den entsprechenden Ländern nicht mit der Zahl der zuletzt eingewanderten Personen gleichgesetzt werden darf, da auch Personen darunter sein können, die schon zuvor in Deutschland gelebt haben.¹³

Abbildung:
Struktur der Außenwanderung in Ostdeutschland^a nach Staatengruppen^b

in 1000 Personen



^a Ostdeutschland mit Berlin. – ^b EU-8: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen; Asylherkunftsländer: vgl. Tabelle 2, Fußnote c.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2.; 2015: Prognose des IWH.

Im Rahmen einer Sonderauswertung für das IWH hat die Bundesagentur für Arbeit hierzu regional nach den Großregionen Ostdeutschland und Westdeutschland differenzierte Daten bereitgestellt. In Tabelle 2 sind einige Ergebnisse angegeben.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat in beiden Großregionen die Zahl der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Leistungsbezieher im SGB II aus

den Migrationsländern insgesamt sehr stark zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten nahm in Ostdeutschland mit 24,5% sogar noch stärker zu als in Westdeutschland (12,7%). Auch bei der Zahl der Arbeitslosen war die Zuwachsrate in Ostdeutschland etwas höher. Die Zahl der Leistungsempfänger im SGB II aus den Migrationsländern nahm innerhalb eines Jahres – ebenso wie in Westdeutschland – um etwa ein Fünftel zu.

Allerdings ist zu beachten, dass in Ostdeutschland die Anteile der Personen aus diesen Zuwanderungsländern an der Bevölkerung, den Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosigkeit sowie den Leistungsempfängern im SGB II deutlich geringer sind als in Westdeutschland. Bei den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sowie den Asylherkunftsändern sind die Anteile in Westdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in den Neuen Bundesländern. Eine Ausnahme bildet allerdings der Bevölkerungsanteil der Asylherkunftsänder: Dieser liegt mit 1,4% relativ nahe am westdeutschen Wert von 1,7%. Die Anteile der von der Krise besonders betroffenen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien liegen in Ostdeutschland am stärksten unter den westdeutschen Vergleichswerten.

Besonders sichtbar werden die Unterschiede, wenn diese drei Staatengruppen zusammen betrachtet werden: Im Jahr 2014 hatten diese in Ostdeutschland einen Anteil an der Bevölkerung von 3,1% (Westdeutschland: 5,2%), an den Beschäftigten von 2,3% (Westdeutschland: 5,8%), an den Arbeitslosen von 6,0% (Westdeutschland: 13,9%) und an den Leistungsbeziehern im SGB II von 7,0% (Westdeutschland: 15,9%).

Dass die Anteile der Migrationsländer an den Arbeitsmarktgrößen in Westdeutschland erheblich über denen in Ostdeutschland liegen, ist vor allem auf die deutlich stärkere Zuwanderung aus diesen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen.

Fazit

Die sprunghaft gestiegene Migration beeinflusst zunehmend auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsaussichten vieler Zuwanderer vor allem

¹² Vgl. ebenda.

¹³ Bei den Migranten aus den Asylherkunftsändern ist zudem zu beachten, dass für Flüchtlinge die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt maßgeblich von ihrem Aufenthaltsstatus abhängen.

Tabelle 2:

Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslose und Leistungsempfänger SGB II nach Staatsangehörigkeit Mitte 2015Anteil an Ostdeutschland bzw. Westdeutschland^a insgesamt bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr

insgesamt		ausgewählte Migrationsländer		davon:						
				Mittel- und osteuropäische Staaten mit Arbeitnehmer- freizügigkeit ^b		Griechenland, Italien, Portugal, Spanien		Asylherkunfts- länder ^{c,d}		
An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	
in %										
Ostdeutschland										
Bevölkerung ^e	100	0,1	3,1	9,6	0,9	14,0	0,7	3,0	1,4	10,4
Beschäftigung ^f	100	0,7	2,3	24,5	1,2	36,1	0,4	17,3	0,7	12,2
SV-pflichtig	100	1,5	2,3	39,7	1,2	45,8	0,4	21,2	0,7	15,9
Ausschl. geringfügig Beschäftigte	100	-8,1	3,8	3,9	1,6	13,5	0,6	-6,5	1,6	-0,3
Arbeitslose ^g	100	-5,1	6,0	18,1	1,9	13,9	0,7	3,8	3,3	24,5
Leistungsempfänger SGB II ^h	100	-4,2	7,0	20,9	2,4	20,4	0,7	8,0	3,9	24,2
Westdeutschland										
Bevölkerung ^e	100	0,3	5,2	10,6	1,7	21,9	1,8	4,5	1,7	7,7
Beschäftigung ^f	100	1,4	5,8	12,7	2,5	26,6	1,8	3,4	1,5	4,9
SV-pflichtig	100	2,1	5,5	15,2	2,4	29,1	1,8	5,8	1,4	7,4
Ausschl. geringfügig Beschäftigte	100	-3,2	7,3	1,3	3,0	15,0	1,8	-10,9	2,5	-3,5
Arbeitslose ^g	100	-2,3	13,9	15,4	3,8	19,9	3,1	1,1	7,1	20,4
Leistungsempfänger SGB II ^h	100	1,6	15,9	21,9	4,3	32,0	3,0	6,8	8,6	23,4

^a Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien. – ^c Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien, Ukraine. – ^d Bevölkerung der Asylherkunftsländer: keine Angaben für Eritrea und Somalia. – ^e Durchschnitt der Bevölkerung 2014. – ^f Stand: April 2015. – ^g Stand: Oktober 2015. – ^h Stand: Juli 2015.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2; Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt (Sonderauswertung für das IWH).

aus den Asylherkunftsländern sind aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse sowie oftmals geringer beruflicher Qualifikation¹⁴ zumindest kurzfristig eingetrübt. Aktuelle Untersuchungen haben gezeigt, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt generell schwieriger ist als bei anderen Migrantengruppen. So lag der Anteil der Beschäftigten unter den Flüchtlingen im Alter von 15 bis 64 Jahren im Zugangsjahr durchschnittlich bei 8%.¹⁵ Nach fünf Jahren lag dieser Anteil bei knapp 50% und nach 15 Jahren bei knapp 70%. Zu erwarten ist deshalb, dass viele Asylbewerber zunächst arbeitslos sein werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland aufgrund des starken

Rückgangs des Erwerbsspersonenzpotenzials stetig gesunken war, dürfte deshalb im kommenden Jahr kaum noch abnehmen.¹⁶ Es bestehen allerdings durchaus auch Chancen, die absehbaren demographischen Probleme Ostdeutschlands zu mildern, wenn die Integration der Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelingt. Dazu sind Mehrausgaben für Integration und Qualifizierung erforderlich.

¹⁶ Für Deutschland insgesamt wird für das Jahr 2016 eine Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit prognostiziert: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/2016*, Wiesbaden 2015, 94. – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, a. a. O., 48 f. – Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.: IAB-Prognose 2015/2016: Arbeitsmarkt weiter robust, IAB-Kurzbericht 15/2015.

¹⁴ Vgl.: Brücker, H. et al., a. a. O., 4 ff.

¹⁵ Vgl. ebenda, 9 f.

Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Bitterfeld-Wolfen*

Gerhard Heimpold

Der Erhalt industrieller Kerne war eines der wirtschaftspolitischen Ziele beim Aufbau Ost. Einer dieser Kerne ist der Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen in Sachsen-Anhalt. Der Beitrag untersucht, wie es nach 25 Jahren Deutscher Einheit um diesen industriellen Kern bestellt ist. In einem Satz: Der Kern ist nicht mehr der alte. Die Kombinate der Großchemie waren als Ganzes nicht privatisierbar. An ihre Stelle sind moderne mittelständische Chemiebetriebe getreten. Daneben haben sich neue Branchen, etwa die Glasindustrie, angesiedelt, und in Gestalt einer attraktiven Seenlandschaft ist aus den Braunkohlentagebauen etwas völlig Neues entstanden. Bei den Forschungsaktivitäten kann die Region aber mit westdeutschen Verhältnissen nicht mithalten. Die vielleicht größte künftige Herausforderung wird in einer demographisch bedingt rückläufigen Erwerbspersonenzahl liegen.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold (Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: P20, R11

Schlagwörter: Ostdeutschland, industrieller Kern, Chemische Industrie, Forschung und Entwicklung, Investitionen

Der Beitrag ist Auftakt einer Artikelserie, die sich mit ausgewählten industriellen Kernen in Ostdeutschland und ihrer Entwicklung nach Herstellung der Einheit Deutschlands befasst. Deren Erhalt gehörte in den 1990er Jahren zu den – kontrovers diskutierten – Zielen der Wirtschaftspolitik. Bitterfeld-Wolfen zählte zusammen mit den anderen Standorten des mitteldeutschen Chemiedreiecks zu diesen industriellen Kernen. Nachfolgend wird untersucht, wie es um die Wirtschaft in Bitterfeld-Wolfen ein Vierteljahrhundert später bestellt ist und welche Faktoren diese Entwicklung bis heute beeinflusst haben.

Historische Wurzeln des Standorts

In der Region um Bitterfeld wurde seit 1839 in größerem Umfang Braunkohle abgebaut.¹ Die Vorkom-

men an Braunkohle und Kalisalz, die Wasserressourcen sowie die gut ausgebauten Eisenbahnverbindungen machten Bitterfeld auch als Chemiestandort attraktiv.² Die „Elektrochemischen Werke G.m.b.H. zu Berlin“ kündigten 1893 den Bau eines Chemiebetriebs zur Herstellung von Ätznatron und Chlorkalk an, im selben Jahr wurde die Errichtung einer Elektrolyse-Anlage in Bitterfeld durch die „Chemische Fabrik Elektron AG/Frankfurt a.M.“ beschlossen, und im Jahr 1894 traf die „Actiengesellschaft für Anilin-Fabrikation“ (Agfa) die Entscheidung, eine Farbstoffproduktion in Wolfen zu errichten; im Jahr 1910 kam eine Filmfabrik hinzu.³ Später wurde das Produktspektrum weiter ausgedehnt. Unter zentralverwaltunswirtschaftlichen Bedingungen nach 1945 dominierten in Bitterfeld-Wolfen die Stammbetriebe dreier großer Kombinate – des VEB Chemiekombi-

* Textfassung eines Vortrags am 2. Juli 2015 anlässlich des Besuchs von Beamten aus Ministerien und anderen Regierungseinrichtungen der Republik Korea im IWH.

¹ Vgl. Schönfelder, G.: Braunkohlenbergbau, in: G. Schönfelder, F. Gränitz, H. T. Porada (Hrsg.), *Bitterfeld und das untere Muldetal. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum Bitterfeld, Wolfen, Jeßnitz (Anhalt), Raguhn, Gräfenhainichen und Brehna*. 2., verbesserte Auflage.

Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig und Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. *Landschaften in Deutschland. Werte der deutschen Heimat*, Bd. 66. Böhlau Verlag: Köln, Weimar, Wien 2009, 50-53, hier speziell 50.

² Vgl. *Vorstand der Chemie AG Bitterfeld-Wolfen* (Hrsg.): *Bitterfelder Chronik. 100 Jahre Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen*, Redaktionsschluss: 28. Oktober 1993, 10-12.

³ Vgl. ebenda, 10-27.

nat Bitterfeld (CKB), des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen und des VEB Braunkohlekombinat Bitterfeld (BKK).⁴ Ein viertes großes Unternehmen war der VEB Industrie- und Kraftwerksrohrleitungsbau Bitterfeld (IKR).⁵ Der CKB-Stammbetrieb hatte 17 500 Beschäftigte, jener des Fotochemischen Kombinats 16 800 (Ende 1989).⁶ Im BKK und im IKR waren 1990 jeweils 5 000 Beschäftigte tätig.⁷ Die Produktionsanlagen waren in der DDR auf Verschleiß gefahren worden, mit äußerst negativen Wirkungen auf die Umwelt.

Mit schwierigem Erbe in die Marktwirtschaft

Nach Einschätzung des Finanzministeriums der DDR waren nach Vollzug der Währungsunion auch die Unternehmen der Großchemie in Bitterfeld und Wolfen „stark konkursgefährdet“.⁸ Rund ein Drittel der Produktionsanlagen im CKB-Stammbetrieb war mehr als 50 Jahre alt, ein weiteres Viertel war 21 bis 50 Jahre alt.⁹ Die Produktpalette war mit über 4 000 verschie-

denen Erzeugnissen im CKB sehr breit; dies brachte dem Betrieb die Bezeichnung „Apotheke“ der DDR und des Comecon¹⁰ ein. In den Jahren 1991 und 1992 verzeichneten die Großchemieunternehmen in Bitterfeld und Wolfen jeweils ein negatives Betriebsergebnis in dreistelliger Millionenhöhe. Im Jahr 1992 betrug es in Bitterfeld –216 Mio. DM, in Wolfen –153 Mio. DM.¹¹ Mithin waren Investoren an einer ganzheitlichen Übernahme der großen Einheiten nicht interessiert. Dass die chemische Produktion in Bitterfeld und Wolfen trotzdem eine Perspektive erhielt, ist nicht zuletzt dem Versprechen des damaligen Bundeskanzlers *Helmut Kohl* am 10. Mai 1991 anlässlich eines Besuchs in Buna zu danken, sich für den Erhalt des Chemiedreiecks einzusetzen.¹² In Bitterfeld gab es 191 (Teil-)Privatisierungen, Ausgründungen und Neuansiedlungen, mit 4 900 Arbeitsplätzen und Investitionsvorhaben im Umfang von 2,1 Mrd. DM (Stand 01.09.1994).¹³ Zu nennen sind beispielsweise der Verkauf der Chloralkali-Elektrolyse an die ECI Elektro-Chemie Ibbenbüren GmbH, heute Akzo Nobel Industrial Chemicals,¹⁴ und die Ansiedlung von Betrieben in Bitterfeld durch Bayer und Heraeus. Eine Privatisierung der Filmfabrik Wolfen GmbH gelang nicht. Ihre Liquidation begann 1994.¹⁵ Eine Reihe von Betriebsteilen der ehemaligen Filmfabrik konnten sich aber in den Jahren 1997/1998 verselbstständigen: Zu ihnen werden die Unternehmen ORWO

⁴ Vgl. Zentralgeleitete Kombinate der Industrie und des Bauwesens nach Ministerien. Stand 30.06.1990. Statistisches Betriebsregister der DDR, in: Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hrsg.): *Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern*, 1. Auflage. Verlag Die Wirtschaft GmbH: Berlin, München 1993, 377-381, hier speziell 377 f.

⁵ Vgl. *Industrie- und Kraftwerksrohrleitungsbau Bitterfeld*, in: Wikipedia. Die Freie Enzyklopädie, Stand: 3. März 2015, Zugriff am 21.10.2015.

⁶ *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschaftspolitik* (Hrsg.): *Chemiestandort Ostdeutschland – Struktur- und industriepolitische Handlungsbedarf zur wirtschaftlichen und ökologischen Sanierung. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 18. September 1991 in Leuna*, Bonn, November 1991, 6. Weil die Beschäftigtenangaben für die Kombinate insgesamt deutlich über diesen Werten liegen, wird geschlussfolgert, dass es sich um die Angaben für die Stammbetriebe handelt, obwohl dies nicht explizit ausgeführt wird. Dies gilt auch für das BKK.

⁷ Vgl. *Eser, A.; Schönfelder, G.*: Industrielle Entwicklung, in: G. Schönfelder, F. Gränitz, H. T. Porada (Hrsg.), a. a. O., 53-62, hier speziell 56.

⁸ Vgl. *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben – BvS* (Hrsg.): *Umstrukturierung der ostdeutschen Großchemie. Der schwierige Weg in die Zukunft*. Berlin, Dezember 1997, 12.

⁹ Vgl. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle*: *Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutsch-*

land. Achtzehnter Bericht. *IWH-Forschungsreihe 6/1998*. Halle (Saale) 1998, 140.

¹⁰ Vgl. *Fischer, O.*: *Chemiekombinat Bitterfeld. Die Apotheke des Comecon*, in: Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hrsg.), a. a. O., 231-244, hier speziell 231.

¹¹ Vgl. *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben*, a. a. O., 15.

¹² Vgl. *Brümmer, B. H.*: *Das Kanzlerversprechen. Die Privatisierung von Buna, SOW und Leuna-Olefin 1993-1995*. Mitteldeutscher Verlag: Halle (Saale) 2002, 24.

¹³ Vgl. *Treuhandanstalt*: *Abschlussbericht des Direktorates Chemie – U6/CH*, 01.09.1994, in: dieselbe (Hrsg.), *Dokumentation 1990-1994*. Berlin. Redaktionsschluss: November 1994, Bd. 4, 347-378, hier speziell 366.

¹⁴ Vgl. *AkzoNobel Industrial Chemicals – Werk Bitterfeld: Unsere Geschichte: Wie wir wurden, was wir heute sind*, in: Website AkzoNobel, Rubrik „Über uns/Unsere Geschichte“, Zugriff am 22.07.2015.

¹⁵ Vgl. *Filmfabrik Wolfen*, in: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie, Stand: 15. April 2015, Zugriff am 20.05.2015.

FilmoTec GmbH, ORGANICA Feinchemie GmbH Wolfen, FEW CHEMICALS GmbH, verschiedene Folienproduzenten sowie die MABA Spezialmaschinen GmbH gezählt.¹⁶ In Wolfen und Thalheim erfolgten vor allem Neuansiedlungen, z. B. des Flachglasherstellers Guardian.¹⁷ Die Braunkohlentagebaue im Raum Bitterfeld wurden nach 1990 stillgelegt und zur Sanierung an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) übergeben.¹⁸ Entstanden ist unter anderem die touristisch genutzte Seenlandschaft „Goitzsche“.¹⁹ Aus dem einstigen IKR ist die Bilfinger Rohrleitungsbau GmbH mit 420 Beschäftigten (2013) hervorgegangen.²⁰ Die neuen Strukturen wären ohne umfassende Umweltsanierung nicht entstanden. Allein 1991 bis 1997 wurden rund 1,9 Mrd. DM für Abriss und Sanierung verausgabt.²¹ Auf den sanierten Flächen entstand ein Chemiepark.

Stillstand hat es auch nach der Investitionswelle der 1990er Jahre nicht gegeben. Die Bayer-Bitterfeld GmbH hat den Betrieb für Methylzellulose erweitert, den pharmazeutischen Betrieb um ein Technologiezentrum ergänzt und mit japanischen Partnern ein Joint Venture errichtet, dessen Kapazitäten im Jahr 2014 erweitert wurden.²² Verschiedene seiner Bitterfelder Produktionsbetriebe hat Bayer inzwischen an

¹⁶ Vgl. ebenda.

¹⁷ Vgl. *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben*, a. a. O., 38.

¹⁸ Vgl. *Schönfelder, G.*, a. a. O., 52.

¹⁹ Vgl. *Stadt Bitterfeld-Wolfen: Tourismus & Freizeit. Bitterfeld-Wolfen – Stadt zum Erleben*, in: Website der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Zugriff am 28.10.2015.

²⁰ Vgl. *Bilfinger Rohrleitungsbau GmbH: Rohrleitungsbau mit Tradition*, in: <http://www.rohrleitungsbau.bilfinger.com/unternehmen/historie/>, Zugriff am 21.10.2015. – *NORD/LB: Die 100 größten Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt Report. Regionalwirtschaft, Ausgabe Dezember 2014*, 7, Zugriff am 21.10.2015.

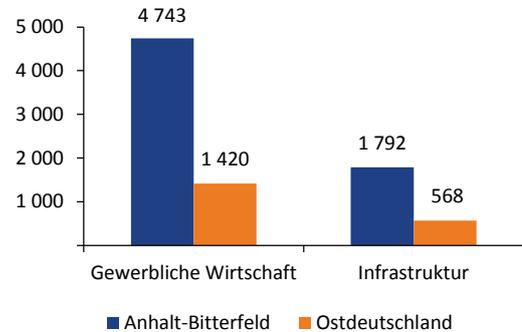
²¹ Vgl. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle*, a. a. O., 152, nach BvS-Daten.

²² Vgl. *Supply Center Bayer Bitterfeld: Rückblicke. Entstehung und Entwicklung*, in: Website des Supply Center Bayer Bitterfeld, Rubrik „Der Standort/Historie“, Zugriff am 28.07.2015. – Dasselbe: *Inbetriebnahme der Neuanlage nach japanischer Tradition*, Meldung vom 10.11.2014, in: ebenda, Rubrik „Aktuelles/Archiv“, Zugriff am 28.10.2015.

Abbildung:

Bewilligte Investitionszuschüsse je Einwohner im Rahmen der GRW, 1997 bis 2012

in Euro pro Einwohner



IWH

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): *Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR*. Ausgabe 2014. Bonn 2015; Darstellung des IWH.

andere Unternehmen in Bitterfeld übertragen.²³ Das Werk von Evonic Industries war 2009/10 erweitert worden.²⁴ Heraeus hat im Jahr 2005 das Werk II eröffnet und dessen Kapazitäten im Jahr 2012 erweitert.²⁵ Ferner siedelte sich die Solarbranche in Thalheim an. Der Solarboom war aber nur von kurzer Dauer, weil die Massenproduktion standardisierter Solarzellen kostengünstiger in Asien stattfindet. Die leeren Fabrikhallen in Thalheim versucht man mit neuem Leben zu füllen, etwa durch einen Betrieb des Automobilzulieferers HKR Seuffer Automotive GmbH & Co. KG²⁶ und das Kältetechnologie-Unternehmen Mecotec.²⁷ Für Investitionen sind im Kreis Anhalt-

²³ Vgl. *Supply Center Bayer Bitterfeld: Kennzahlen*, in: <http://www.bitterfeld.bayer.de/de/der-standort/einblicke/kennzahlen/>, Zugriff am 26.05.2015.

²⁴ Vgl. *Stadt Bitterfeld-Wolfen: Arbeitsgespräch bei Evonik im ChemiePark Bitterfeld-Wolfen*, in: Website der Stadt Bitterfeld-Wolfen, News-Archiv 2015, Zugriff am 06.08.2015.

²⁵ Vgl. *Heraeus Holding GmbH: Heraeus Quarzglas in Bitterfeld – eine Erfolgsgeschichte. Pressemeldung vom 11.10.2012*, Zugriff am 23.07.2015.

²⁶ Vgl. *Stadt Bitterfeld-Wolfen: Automobilzulieferer eröffnet neuen Standort*, in: Website der Stadt Bitterfeld-Wolfen, News-Archiv 2014, Zugriff am 06.08.2014.

²⁷ Vgl. *Oppenkowski, D.: Firma Mecotec will Hauptsitz in Thalheim ansiedeln*, in: *Mitteldeutsche Zeitung (mz-web.de)*, 02.12.2013, Zugriff am 06.08.2015.

Bitterfeld (kleinräumigere Angaben sind nicht verfügbar) aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) überdurchschnittlich viele Regionalfördermittel geflossen (vgl. Abbildung). Wirkungsanalysen auf Betriebsebene in Deutschland zeigen, dass die geförderten Betriebe eine deutlich günstigere Beschäftigungsentwicklung als nicht geförderte aufweisen.²⁸

Der industrielle Kern hat sich stark gewandelt

Insgesamt haben in Bitterfeld-Wolfen 21 436 Menschen ihren Arbeitsort (31.12.2013).²⁹ Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2013 10,2%³⁰ und ist damit deutlich zurückgegangen, liegt aber noch weit über dem westdeutschen Durchschnitt. Im Chemiepark sind ein Vierteljahrhundert nach Herstellung der Deutschen Einheit nach Angaben in der Chemiepark-Website mehr als 300 Unternehmen mit rund 11 000 Beschäftigten ansässig, davon rund 60 produzierende Unternehmen, und das Investitionsvolumen wird auf 4,5 Mrd. Euro beziffert.³¹ An die Stelle der Großchemie sind moderne mittelständische Produzenten, vor allem von Fein- und Spezialchemikalien, getreten. Daneben haben sich Unternehmen anderer Branchen angesiedelt, etwa die Glasindustrie, oder sie haben sich aus den ehemaligen Kombiatsstrukturen ausgegründet. Schließlich ist gänzlich Neues entstanden,

etwa eine attraktive Seenlandschaft mit touristischem Potenzial aus den ehemaligen Braunkohletagebauen. Einer der Vorzüge des Chemieparks besteht in der Möglichkeit, mittels eines Rohrbrückensystems³² Stoffverbünde einzugehen.

Die industrielle Forschung und Entwicklung (FuE) ist in den frühen 1990er Jahren stark geschrumpft und wird in wesentlich kleinerem Maßstab betrieben. Berichtet wird über FuE-Beschäftigtenanteile von 10% bis 30% in über 15 mittelständischen Unternehmen der Fein- und Spezialchemikalienherstellung.³³ Hinzu kommen die FuE-Beschäftigten des Photovoltaikherstellers Hanwha Q Cells am Standort Thalheim. Dort und in Berlin sind zusammengenommen mehr als 400 Mitarbeiter u. a. in FuE tätig.³⁴ Für den Kreis Anhalt-Bitterfeld wird die Zahl der FuE-Beschäftigten je 1 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 8,4 beziffert, was über dem ostdeutschen (6,7), aber unter dem westdeutschen Durchschnittswert (14) liegt.³⁵

Der Strukturwandel scheint nicht abgeschlossen zu sein. Das BBSR prognostiziert bis zum Jahr 2035 für die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg einen Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen um rund 40%.³⁶ Daher wird der demographische Wandel vielleicht zur größten künftigen Herausforderung.

²⁸ Vgl. *Bade, F.-J.; Alm, B.*: Endbericht zum Gutachten Evaluierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle für den Förderzeitraum 1999-2008 und Schaffung eines Systems für ein gleitendes Monitoring. Technische Universität Dortmund, Volkswirtschaftslehre, insb. Raumwirtschaftspolitik: Dortmund 2010, in: Website des BMWi, Zugriff am 08.10.2013.

²⁹ Vgl. *Stadt Bitterfeld-Wolfen (Hrsg.)*: Bitterfeld-Wolfen. Zahlen, Daten, Fakten. 2013/2014, in: http://www.bitterfeld-wolfen.de/de/upload/Flyer_Statistik_2013_2014_WEB.pdf, Zugriff am 29.07.2015.

³⁰ Vgl. *STEG Bitterfeld-Wolfen mbH*: STEK 2015-2025. Stadtentwicklungskonzept der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Teil 1 Wohnen und Stadtumbau, o. J., o. S., in: <http://www.steg-bitterfeld-wolfen.de/download/STEK%202015-2025.pdf>, Zugriff am 05.08.2015.

³¹ Vgl. *Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH*: Daten und Fakten, in: <http://www.chemiepark.de/der-chemiepark/daten-und-fakten/>, Zugriff am 29.07.2015.

³² Vgl. *Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH*: Moderne Verkehrs- und Versorgungswege, in: <http://www.chemiepark.de/das-unternehmen/infrastruktur-medien/verkehrswege-rohrbruecken/> Zugriff am 29.07.2015.

³³ Vgl. *Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)* (Hrsg.): Innovationsforum Fein- und Spezialchemikaliensynthese für Wirkstoffe und High-Tech-Produkte. Entwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH (EWG). Infolyer. Bonn, Berlin 2004, in: Website „Unternehmen Region“, Zugriff am 03.08.2015.

³⁴ Vgl. *Hanwha Q Cells GmbH*: Hanwha Q Cells stellt deutsche Standorte neu auf. *Pressemitteilung vom 26. Februar 2015*. Thalheim, Berlin 2015, in: Website Hanwha Q Cells, Rubrik „Presse“, Zugriff am 03.08.2015.

³⁵ Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. (vgl. Quelle unter der Abbildung).

³⁶ Vgl. *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)*: Tabellen zur Erwerbspersonenprognose (Raumbezug: Raumordnungsregionen, Inhalt: Erwerbspersonen insgesamt), in: Website des BBSR, Rubrik „Raumordnungsprognose 2035“, Zugriff am 26.05.2015; Berechnungen des IWH.

Persönliche Beziehungen, der Transfer von akademischem Wissen und der Standort von Gründungen aus Hochschulen*

Stephan Heblich, Viktor Slavtchev

In dieser Studie wird die Bedeutung von persönlichen Beziehungen zwischen Unternehmensgründern aus Hochschulen und Hochschulforschern für die Entscheidung der Gründer, sich in der Region der Heimathochschule niederzulassen, untersucht. Am Beispiel von Gründungen aus Hochschulen in Regionen mit mehreren Hochschulen kann gezeigt werden, dass bei der Entscheidung der Gründer, in der Region zu bleiben, der Nähe zur Heimatfakultät größere Bedeutung zukommt als der Nähe zu vergleichbaren Fakultäten an anderen lokalen Hochschulen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass für den Zugang zu akademischem Wissen und Ressourcen und deren Transfer in Privatunternehmen über das einfache lokale Vorhandensein von Hochschulen hinaus persönliche Beziehungen bedeutsam sind. Dies hat Implikationen für die Rolle der Hochschulen als Standortvorteil für Unternehmen, die von akademischem Wissen und Ressourcen profitieren können oder darauf angewiesen sind.

Ansprechpartner: Viktor Slavtchev (viktor.slavtchev@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: L20, M13, R30

Schlagwörter: Hochschulen, regionale Wirtschaftsförderung, Standortwahl von Unternehmensgründungen aus Hochschulen

Wenn Hochschulforscher und Hochschulabsolventen Unternehmen gründen, tun sie dies überwiegend in der Region ihrer jeweiligen Heimathochschule. Als eine wesentliche Ursache hierfür wird genannt, dass wissens- bzw. technologieintensive Unternehmen, zu denen akademische Gründungen typischerweise gehören, von Wissen und Ressourcen aus Hochschulen profitieren oder sogar darauf angewiesen sind, sodass das Vorhandensein von Hochschulen in der Region bzw. die Nähe zu Hochschulen von Vorteil für solche Unternehmen sein kann. Dieses Argument erklärt, warum sich derartige Unternehmen in der Nähe von Hochschulen finden lassen, jedoch nicht, warum sie dazu tendieren, sich ausgerechnet nahe ihrer Heimathochschule niederzulassen.

In diesem Beitrag wird untersucht, welche Rolle soziale, persönliche Beziehungen zwischen den Gründern und Hochschulforschern für den Zugang zu und den Transfer von Wissen und Ressourcen aus Hoch-

schulen und somit für die Entscheidung der Gründer, sich in der Region der Heimathochschule niederzulassen, spielen. Damit trägt dieser Beitrag zu unserem Verständnis der Faktoren bei, die für Gründungen aus Hochschulen eine wichtige Rolle spielen und ihre Standortentscheidung beeinflussen. Darüber hinaus haben die Ergebnisse wichtige Implikationen für die Rolle der Hochschulen als Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung, die große Hoffnungen in die Hochschulen als Motor einer nachhaltigen, aus der Region selbst heraus entstehenden Wirtschaftsentwicklung setzt. Denn wenn nicht die Nähe zu Hochschulen allein, sondern vielmehr persönliche Beziehungen zu Hochschulforschern für den Zugang zu akademischem Wissen und Ressourcen entscheidend sind, dann kann die gezielte Förderung solcher Beziehungen die Bedeutung der Hochschulen als Standortfaktor stärken.

Die Bedeutung der Hochschulen für akademische Gründungen

Unternehmensgründungen durch Hochschulforscher und -absolventen basieren typischerweise auf Wissen,

* Dieser Artikel basiert auf dem Aufsatz *Heblich, S.; Slavtchev, V.: Parent Universities and the Location of Academic Startups*, in: *Small Business Economics*, Vol. 42 (1), 2014, 1-15.

Kompetenzen und Ideen, die die Gründer während ihrer Hochschulkarriere bzw. ihres Studiums akkumuliert und generiert haben. Da akademische Forschung überwiegend nicht marktorientiert geschieht, sondern vielmehr der Erweiterung des Horizonts an Grundlagenwissen gewidmet ist, sind die Geschäftsideen akademischer Gründungen vergleichsweise innovativ, jedoch häufig nicht marktreif. Entsprechend sind solche Gründungen oft auf weitere, langwierige und kostspielige Forschung und Entwicklung angewiesen, um ihre Geschäftsideen zu marktfähigen Produkten weiterentwickeln zu können. Jedoch fehlen akademischen Gründungen oft Kompetenzen und ausreichende finanzielle Mittel, um diese Aktivitäten eigenständig zu betreiben.

Hochschulen als lokales Wissensreservoir

Hochschulen können von entscheidender Bedeutung für akademische Gründungen sein. Insbesondere können Hochschulen helfen, Wissens- und Forschungsdefizite zu überwinden und die Geschäftsidee zu einem marktfähigen Produkt zu entwickeln. Dies kann über informellen Austausch, Forschung und Entwicklung (gemeinsam oder im Unternehmensauftrag) oder auch die Nutzung von Laboratorien und anderer Hochschulinfrastruktur durch die Unternehmen erfolgen. In diesem Zusammenhang wird die Nähe zu Hochschulen typischerweise mit Vorteilen beim Zugang zu und beim Transfer von akademischem Wissen und Ressourcen assoziiert. Kurze Wege senken allgemein die Transport- bzw. Reisekosten und erweisen sich besonders vorteilhaft beim Transfer von Spitzen-Know-how und komplexem, auf langjähriger Erfahrung basierendem, nicht kodifiziertem Wissen, deren Transfer intensive Face-to-Face-Interaktionen erfordert. Beispielsweise wird angeführt, dass besonders wissens- und technologieintensive Industrien, die ihren Ursprung in der Hochschulforschung haben oder von dieser profitieren bzw. abhängen, in der Nähe von Hochschulen entstehen oder zu finden sind.¹

¹ Vgl. *Audretsch, D. B.; Stephan, P. E.*: Company-scientist Locational Links: The Case of Biotechnology, in: *American Economic Review*, Vol. 86, 1996, 641-652. – *Zucker, L. G.; Darby, M. R.; Brewer, M. B.*: Intellectual Human

Die Rolle persönlicher Beziehungen für den Zugang zu akademischem Wissen und Ressourcen für deren Transfer

Empirisch weitestgehend ungeklärt dagegen ist die Bedeutung sozialer bzw. persönlicher Beziehungen für den Zugang zu akademischem Wissen und Ressourcen für deren Transfer und von daher für die Standortentscheidung von Ausgründungen aus Hochschulen. Dabei existieren eine Reihe theoretischer Argumente dafür, dass wirtschaftliche Transaktionen durch den sozialen Kontext, in den sie eingebettet sind, erleichtert werden.² Beispielsweise können gemeinsame Erfahrung, ein gemeinsamer beruflicher und sozialer Hintergrund, Bekanntschaft, Freundschaft etc. zum Abbau inhärenten gegenseitigen Misstrauens führen und das Risiko opportunistischen Verhaltens minimieren – Probleme, die aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Normen in Hochschulen und Privatunternehmen entstehen und die Interaktionen erschweren können.³ Auf diese Weise können persönliche Beziehungen sowohl die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens wirtschaftlicher Transaktionen als auch deren Erfolgchancen erhöhen. Zudem können solche Faktoren engere und längerfristige Beziehungen sowie offenere, stärker informelle und flexiblere Interaktionsmodi fördern. Beispielsweise können sich persönliche Beziehungen insbesondere dann positiv auswirken, wenn geschäftsrelevante Informationen zwischen den Parteien ungleich verteilt sind oder wenn die hohe Komplexität und der hohe Neuheitsgrad des Wissens sowie die daraus resultierende hohe Unsicherheit die vollständige Spezifizierung der Geschäftsbeziehungen in Verträgen unmöglich machen.⁴

Capital and the Birth of U.S. Biotechnology Enterprises, in: *American Economic Review*, Vol. 88, 1998, 290-306.

- ² Vgl. *Boschma, R.*: Proximity and Innovation: A Critical Assessment, in: *Regional Studies*, Vol. 39 (1), 2005, 61-74. – *Granovetter, M.*: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 91, 1985, 481-510.
- ³ Vgl. *Van Dierdonck, R.; Debackere, K.*: Academic Entrepreneurship at Belgian Universities, in: *R&D Management*, Vol. 18, 1988, 341-353. – *Merton, R. K.*: *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. University of Chicago Press: Chicago, IL 1973.
- ⁴ Vgl. *Coleman, J.*: Social Capital in the Creation of Human Capital, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 94, 1988,

Dieser Argumentationslinie folgend könnten persönliche Beziehungen zu Hochschulforschern die Entscheidung der akademischen Gründer beeinflussen, sich in der Nähe ihrer Heimathochschule niederzulassen.

Untersuchungsdesign

Ziel dieses Beitrags ist es, empirisch zu ermitteln, welche Bedeutung persönliche Beziehungen zwischen Gründern und Hochschulforschern für die Entscheidung der Gründer haben, sich mit ihrem Unternehmen in der Region der Heimathochschule niederzulassen. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, den Einfluss persönlicher Beziehungen vom Einfluss weiterer Faktoren empirisch zu trennen. Insbesondere ist es wichtig, die Bedeutung der persönlichen Beziehungen und der geographischen Nähe zu trennen, denn bestimmte Charakteristika des für akademische Gründungen relevanten Wissens an Hochschulen lassen erwarten, dass sowohl die geographische als auch die soziale bzw. persönliche Nähe eine Rolle beim Zugang zu und dem Transfer von diesem Wissen spielen. Beispielsweise erfordert der Transfer von Wissen mit hohem Neuheitsgrad, hoher Komplexität sowie unvollständig kodifiziertes Wissen intensive Face-to-Face-Interaktionen, die sowohl von geographischer als auch sozialer bzw. persönlicher Nähe profitieren können.

Die Untersuchung wurde am Beispiel von 104 Gründungen durch Absolventen und wissenschaftliche Mitarbeiter der Natur- und Ingenieurwissenschaften an Hochschulen in vier Regionen mit jeweils mehreren Hochschulen durchgeführt (vgl. Tabelle).

Um die Bedeutung sozialer bzw. persönlicher Beziehungen identifizieren zu können, wurden das personengebundene, nicht kodifizierte Wissen an der Heimatfakultät der Gründer (gemessen durch die Anzahl der Professoren) und das entsprechende Wissen an fachlich vergleichbaren Fakultäten an anderen Hochschulen der Region hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entscheidung der Gründer verglichen, sich in

der Region der Heimathochschule niederzulassen (statt außerhalb dieser Region). Dies geschah mittels eines multivariaten Regressionsansatzes unter Berücksichtigung weiterer potenzieller Standortfaktoren. Unterschiede in der gemessenen Bedeutung der Heimathochschule gegenüber anderen regionalen Hochschulen können auf die Rolle sozialer bzw. persönlicher Beziehungen für den Zugang zu und den Transfer von akademischem Wissen und Ressourcen zurückgeführt werden: In dem Ausmaß, in dem – bei sonst gleichen Kompetenzen – soziale bzw. persönliche Beziehungen wichtig sind, müssten die Heimathochschulen eine höhere Bedeutung haben.

Tabelle:

Standortwahl akademischer Gründungen

	in der Region der Heimathochschule	außerhalb der Region der Heimathochschule
Region Rostock	8 (80%)	2 (20%)
Region Dresden	38 (70%)	16 (30%)
Region Halle	9 (64%)	5 (36%)
Region Jena	11 (42%)	15 (58%)
insgesamt	66 (63%)	38 (37%)

Quelle: Berechnungen des IWH.

Diese Vorgehensweise erlaubt es außerdem, neben dem Einfluss beobachtbarer bzw. messbarer regionaler Faktoren auch den Einfluss all derjenigen regionalspezifischen, zeitinvarianten Faktoren zu berücksichtigen, die nicht (immer) beobachtet bzw. gemessen werden, die jedoch eine Rolle bei der Standortentscheidung spielen können. Beispielsweise kann die Nähe zu anderen forschungsintensiven Unternehmen derselben Branche sowie zu Zulieferern und Abnehmern den informellen und formellen Austausch (Kooperation) fördern, arbeitsteilige FuE-Aktivitäten begünstigen oder zu Spezialisierungsvorteilen führen. Zudem wird das lokale Vorhandensein anderer forschungsintensiver Unternehmen mit der Verfügbarkeit geeigneter Arbeitskräfte assoziiert. Auch wird argumentiert, dass existierende Kontakte in der Region – Bekanntschaften, Verwandtschaften, Freundschaften, Vereinsmitgliedschaften, soziale Engagements etc. – den Zugang zu weiteren Ressourcen

95-120. – *Gulati, R.*: Does Familiarity Breed Trust? The Implications of Repeated Ties for Contractual Choice in Alliances, in: *Academy of Management Journal*, Vol. 38, 1995, 85-112.

und Informationen über Geschäftsmöglichkeiten und Geschäftsrisiken ermöglichen können.⁵ Darüber hinaus können so genannte weiche Faktoren (Kultur- und Freizeitangebote, Erholungsgebiete, Klima etc.) die Standortpräferenzen beeinflussen.⁶

Vorhandensein von Hochschulen allein ist nicht zwingend ein Standortvorteil; persönliche Beziehungen sind zusätzlich nötig für den Zugang zu akademischem Wissen

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die Heimathochschulen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung von akademischen Gründern spielen, in der Region der Heimathochschule zu bleiben. Insbesondere ist die Wahrscheinlichkeit, dass akademische Gründungen in der Region bleiben, umso höher, je größer der Wissenspool an der Heimatfakultät der Gründer – gemessen an der Anzahl der dort tätigen Professoren – ist. Gleichzeitig zeigt die empirische Untersuchung, dass der Wissenspool an vergleichbaren Fakultäten an anderen, gleichweit entfernten, lokalen Hochschulen keine messbare Bedeutung für die Bleibeentscheidung hat. Die Ergebnisse sind robust hinsichtlich beobachtbarer und nicht beobachtbarer regionaler Faktoren.

Implikationen für die regionale Wirtschaftspolitik

Die Ergebnisse dieser Untersuchung haben wichtige Implikationen für eine Politik, die auf Hochschulen

als Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung setzt. Insbesondere in strukturschwachen Gebieten richten sich große Hoffnungen auf die Hochschulen als Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung, beispielsweise als Kerne innovativer und forschungsintensiver Cluster.

Am Beispiel der vorliegenden Untersuchung zeigt sich konkret, dass fehlende persönliche Kontakte zu einer Wissensquelle zu vergleichsweise geringeren Anreizen führen, sich in deren Nähe niederzulassen. Eine weitere Interpretation der Ergebnisse ist, dass wissens- bzw. technologieintensive Unternehmen selbst vom lokalen Vorhandensein großer Wissensquellen nicht zwingend profitieren, wenn persönliche Kontakte nicht vorhanden sind. Das Vorhandensein von Hochschulen allein ist somit kein hinreichender Standortvorteil für wissens- bzw. technologieintensive Unternehmen wie die akademischen Gründungen. Hochschulen können zwar eine wichtige Rolle spielen, jedoch ist die Nähe zu einer Hochschule allein keine Garantie für einen leichteren Zugang zu akademischem Wissen und für dessen Transfer. Soziale Nähe und persönliche Beziehungen zwischen Unternehmen und Hochschulen können helfen, institutionelle, organisatorische und kulturelle Unterschiede zu überwinden, gegenseitiges Misstrauen abzubauen und eine Basis für offene und flexible Interaktionen zwischen den Akteuren zu schaffen. Solche Interaktionen sind insbesondere für den Transfer von neuem, komplexem und nicht kodifiziertem Wissen und neuen Technologien wichtig. Eine stärkere Integration von Hochschulen und Privatwirtschaft, die auch soziale bzw. persönliche Kontakte fördert, kann dazu beitragen, dass die Hochschulen ihre volle Wirkung entfalten können.

⁵ Vgl. *Michelacci, C.; Silva, O.*: Why so Many Local Entrepreneurs?, in: *Review of Economics and Statistics*, Vol. 89 (4), 2007, 615-633. – *Bauernschuster, S.; Falck, O.; Heblich, S.*: Social Capital Access and Entrepreneurship, in: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Vol. 76 (3), 2010, 821-833. – *Baltzopoulos, A.; Broström, A.*: Attractors of Entrepreneurial Activity: Universities, Regions and Alumni Entrepreneurs, in: *Regional Studies*, Vol. 47 (6), 2013, 934-949. – *Dahl, M. S.; Sorenson, O.*: The Embedded Entrepreneur, in: *European Management Review*, Vol. 6 (3), 2009, 172-181.

⁶ Vgl. *Woodward, D.; Figueiredo, O.; Guimaraes, P.*: Beyond the Silicon Valley: University R&D and High-technology Location, in: *Journal of Urban Economics*, Vol. 60 (1), 2006, 15-32.

Global Food Prices and Business Cycle Dynamics in an Emerging Market Economy

This paper investigates a perception in the political debates as to what extent poor countries are affected by price movements in the global commodity markets. We use the case of India to establish in a standard SVAR model that global food prices influence aggregate prices and food prices in India. We further specify a small open economy New-Keynesian model including oil and food prices. The results suggest that big part of the variation in inflation in India is due to cost-push shocks and, mainly during the years 2008 and 2010, also to global food price shocks. We conclude that the inflationary supply shocks are important contributors to inflation in India. Since the monetary authority responds to these supply shocks with a higher interest rate which tends to slow growth, this raises concerns about how such output losses can be prevented by reducing exposure to commodity price shocks and thereby achieve higher growth.

Oliver Holtemöller, S. Mallick: Global Food Prices and Business Cycle Dynamics in an Emerging Market Economy. IWH-Diskussionspapiere Nr. 15/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/15-15.pdf>.

Support for Public Research Spin-offs by the Parent Organizations and the Speed of Commercialization

We empirically analyse whether support by the parent organization in the early stage speeds up the process of commercialization and helps spin-offs from public research organizations generate first revenues sooner. To identify the impact of support by the parent organization, we apply multivariate regression techniques as well as an instrumental variable approach. Our results show that support in the early stage by the parent organization can speed up commercialization. Moreover, we identify two distinct channels – help in developing a business plan and in acquiring external capital – through which support by the parent organization can enable spin-offs to generate first revenues sooner.

Viktor Slavtchev, D. Göktepe-Hultén: Support for Public Research Spin-offs by the Parent Organizations and the Speed of Commercialization. IWH-Diskussionspapiere Nr. 16/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/16-15.pdf>.

Monetary-Fiscal Policy Interaction and Fiscal Inflation: A Tale of Three Countries

We study the impact of the interaction between fiscal and monetary policy on the low-frequency relationship between the fiscal stance and inflation using cross-country data from 1965 to 1999. We contrast the monetary-fiscal narrative for Germany, the U.S. and Italy. We find that the low-frequency relationship between the fiscal stance and inflation is low during periods of an independent central bank and responsible fiscal policy and more pronounced in times of high fiscal budget deficits and accommodative monetary authorities. We use an estimated DSGE model to interpret the low-frequency measure structurally and to illustrate the mechanisms through which fiscal actions affect inflation in the long run. The findings suggest that switches in the monetary-fiscal policy interaction and accompanying variations in the propagation of structural shocks can well account for changes in the low-frequency relationship between the fiscal stance and inflation.

M. Kliem, Alexander Kriwoluzky, S. Sarferaz.: Monetary-Fiscal Policy Interaction and Fiscal Inflation: A Tale of Three Countries. IWH-Diskussionspapiere Nr. 17/2015, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/17-15.pdf>.

Veranstaltungen:

22. Februar 2016 in Halle (Saale): Tagung „Von der Transformation zur Europäischen Integration: Auf dem Weg zu mehr Wachstumsdynamik“

Ausgehend von der Leitfrage, wie sich mehr Wachstumsdynamik und Innovationsstärke realisieren lassen, wird das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit Partnern aus Universitäten in Mitteldeutschland Forschungsergebnisse zu den Folgen des Strukturwandels, zur Erzielung von mehr Wachstumsdynamik und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hierfür präsentieren.

Als Eröffnungsredner wird Christian Lindner (Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag NRW) unter dem Titel: „Mehr Unternehmertum in Deutschland – was die Politik tun sollte“ die wirtschaftspolitische Dimension des Tagungsthemas erörtern. Die darauffolgenden wissenschaftlichen Vorträge beschäftigen sich mit der Insolvenz junger und kleiner Betriebe, Wachstum, Wachstumschancen und Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, der Wirksamkeit des Spitzencluster-Wettbewerbs und dem Einfluss der demographischen Entwicklung auf Länder- und Kommunalhaushalte. Den Abschluss der Tagung bildet ein Podiumsgespräch zum Thema „Von der Förderkultur zur Risikokultur?“ mit dem Präsidenten des IWH Reint E. Grop und Gästen aus Wissenschaft und Wirtschaft.

22. und 23. April 2016 in Halle (Saale): IWH Workshop on Entrepreneurship and the Labour Market

The Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association is hosting a workshop on Entrepreneurship and the Labour Market to be held in Halle (Saale) on April 22-23, 2016.

Durchgeführte Veranstaltungen:

Demographie-Experten tagten am IWH

Am 3. November 2015 war das IWH Gastgeber des Jahrestreffens 2015 der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“. Die seit 2009 existierende und inzwischen beim Interdisziplinären Zentrum für Altern Halle (IZAH) angebundene Plattform gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in Sachsen-Anhalt zum demographischen Wandel arbeiten, die Möglichkeit zu Austausch und Zusammenarbeit. Das IWH ist Mitglied der Expertenplattform und auch in deren Lenkungsgruppe vertreten. Auf dem Jahrestreffen wurde Prof. Dr. Peer Pasternack, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Sprecher, und Dr. Gerhard Heimpold, Abteilung Strukturwandel und Produktivität im IWH, zum stellvertretenden Sprecher der Lenkungsgruppe der Expertenplattform gewählt.

26. und 27. November 2015 in Halle (Saale): 6th Halle Colloquy on Local Public Economics

The aim of this Conference was to bring together original economic and interdisciplinary papers that cast some light on new developments in theoretical and empirical research from all fields of local public economics and local public finance. The CoLoPEc was organized in five sessions. Session 1 was on Local Public Infrastructure, Session 2 dealt with Intermunicipal Cooperation (IMC) and Intergovernmental Relations (IGR). Session 3 was focusing on Interregional Competition, Session 4 on Local Tax Policy. Within the fifth session, papers on Local Public Decision-Making were presented. This subject was also in the focus of a special policy session, which was organized as an external event, in cooperation with Friedrich-Ebert-Foundation (FES). The Keynote Speakers were Marko Köthenbürger (ETH Zurich) and Christoph A. Schaltegger (University of Lucerne). Köthenbürger spoke about „Transfer Design and Local Public Finance“. The presentation of Schaltegger had the title „A Survey on Fiscal Federalism“.

7. und 8. Dezember 2015 in Halle (Saale): 16th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: Challenges for Forecasting – Structural Breaks, Revisions and Measurement Errors

Am 7. und 8. Dezember fand am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) der 16. IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop statt. Die in Kooperation mit dem Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative (CIREQ), Montreal, durchgeführte Veranstaltung fand bereits zum 16. Mal statt und beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem Thema „Challenges for Forecasting“. In Vorträgen wurden viele theoretische und empirische Arbeiten zu vektorautoregressiven Modellen (SVAR), Dynamisch Stochastischen Gleichgewichts (DSGE)-Modellen und Prognoseevaluationsmethoden präsentiert, die sich mit dem Problem der Identifikation beschäftigen. Die Keynote-Lectures wurden von Simon Price (Bank of England) zum Thema „Forecasting in the Presence of Recent Structural Change“, von Richard Dutu (OECD) zum Thema „OECD Forecasting During and After the Great Recession: A Post-mortem and Implications for Short-term Indicator Models“ und Tara M. Sinclair (The George Washington University) zum Thema „Old and New Challenges for Forecasting: Recessions, Booms, and Big Data“ gehalten.

Wirtschaft im Wandel, Jg. 21 (5), 2015

Reint E. Gropp, Gerhard Heimpold

Kommentar:

25 Jahre Aufbau Ost – weiterer Konvergenzfortschritt
braucht gesamtdeutsches Produktivitätswachstum

Oliver Holtemöller, Felix Pohle

Aktuelle Trends: Mindestlohnbenachteiligung – Besonders
starker Rückgang geringfügiger Beschäftigung in den
Neuen Bundesländern

Matthias Brachert, Eva Dettmann, Mirko Titze

Die Analyse kausaler Effekte wirtschaftspolitischer
Maßnahmen – Das Zentrum für evidenzbasierte
Politikberatung am IWH (IWH-CEP)

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015: Deutsche
Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben

Bernhard Christoph, Nancy Kracke, Ute Leber und Birgit
Schultz

Passungsprobleme am Arbeitsmarkt: Zwischen
Fachkräftemangel und unterwertiger Beschäftigung –
Bericht vom 12. IWH/IAB-Workshop zur
Arbeitsmarktpolitik

Annika Bacher, Lena Tonzer

1st IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial
Stability

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2015:
Geschäftsklima unverändert gut

Cornelia Lang

IWH-Industrieumfrage im dritten Quartal 2015:
Stimmung hat sich aufgehellt

Externe Publikationen

Döhrn, R.; Fichtner, F.; Holtemöller, Oliver;
Wollmershäuser, T.

Gemeinschaftsdiagnose: Flüchtlingsmigration stellt
Wirtschaftspolitik vor Herausforderungen, in:
Wirtschaftsdienst, Jg. 95 (10), 2015, 696-700.

Heimpold, Gerhard

Regional Development in the Course of Economic
Integration: The Case of German Unification,
Development Path and Policy Experiences, in: Á. Bodor,
Z. Grünhut (eds), Cohesion and Development Policy in
Europe. Institute for Regional Studies, Centre for
Economic and Regional Studies, Hungarian Academy
of Sciences. Pécs 2015, 33-41.

Kudic, M.; Ehrenfeld, Wilfried; Pusch, T.

On the Trail of Core-periphery Patterns in Innovation
Networks: Measurements and New Empirical Findings from
the German Laser Industry, in: Annals of Regional Science,
Vol. 55 (1), 2015, 187-220.

Michelsen, C.; Haug, Peter; Illy, A.

Die Effizienz kommunaler Leistungserbringung – eine
Untersuchung am Beispiel Sachsen-Anhalts, in: M. T. W.
Rosenfeld, M. Gather, A. Stefansky (Hrsg.), Gebiets- und
Verwaltungsstrukturen im Umbruch. Beiträge zur
Reformdiskussion aus Erfahrungen in Sachsen, Sachsen-
Anhalt und Thüringen, Arbeitsmaterial der Akademie für
Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 260,
Hannover 2015, 57-77.

IWH-Diskussionspapiere

Slavtchev, Viktor; Göktepe-Hultén, D.

Support for Public Research Spin-offs by the Parent
Organizations and the Speed of Commercialization
Nr. 16/2015, Oktober 2015.

Holtemöller, Oliver; Mallick, S.

Global Food Prices and Business Cycle Dynamics in an
Emerging Market Economy
Nr. 15/2015, September 2015.

Müller, Steffen; Stegmaier, J.

The Dynamic Effects of Works Councils on Labor
Productivity: First Evidence from Panel Data
Nr. 14/2015, September 2015.

Impressum

Herausgeber:

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Prof. Dr. Michael Koetter

Prof. Dr. Steffen Müller

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning

Layout: Ingrid Dede

Telefon: +49 345 7753 738/721

Telefax: +49 345 7753 718

E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Telefon: +49 345 7753 60

Telefax: +49 345 7753 820

Internet: www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro

Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Gewerbering West 27, D-39240 Calbe

Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 21. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Dezember 2015

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (Online)